

Erste Befunde der IG Metall-Beschäftigtenbefragung 2017

Nach 2013 hat die IG Metall Anfang dieses Jahres eine zweite Befragung der Beschäftigten ihres Organisationsbereiches durchgeführt. Daran haben sich 681.241 Beschäftigte (2013: 514.000) aus gut 7.000 Betrieben beteiligt, darunter — was beachtlich ist — ein Drittel Nichtmitglieder. Allein schon diese Zahlen sind ein politisches Mandat.

Sie haben dann Gewicht, wenn die Botschaften der Beschäftigten handlungsleitend aufgegriffen werden. Das wäre ein Ansatz für die Stärkung interessengeleiteter Politik. Damit könnte das demokratische Potenzial einer Massenorganisation gewinnen.

Politische Praxis ist, dass sich Eliten wechselseitig der »Erfolge ihrer Politik« vergewissern: Nie sei die wirtschaftliche Performance und die Beschäftigungsentwicklung besser als heute gewesen. Zufriedenheitsbotschaften, die daraus abgeleitet werden, greifen jedoch allenfalls Oberflächensymptome ab. Die IG Metall-Befragung kann dazu dienen, die Welt des Scheins zu durchbrechen, indem sie Problemlagen sowie Lösungsansätze zum Vorschein bringt.

Unterhalb der Oberfläche prosperierender Ökonomie und Arbeitsmärkte befindet sich eine Arbeitswelt im Umbruch, ohne dass mit Industrie 4.0 eine Umwälzung bereits erfolgt ist. Ein neuer, gar disruptiver Schub an Automatisierung, Produktivitätsgewinnen, Neuzuschnitten der Betriebe, Abteilungen, Teams und Arbeitsplätze würde längst bestehende Problemlagen weiter zuspitzen.

Nur die Hälfte der Beschäftigten geht noch davon aus, bis zum gesetzlichen Rentenalter von 67 Jahren auch tatsächlich arbeiten zu können — und nur 22,4% ist sich da zum gegenwärtigen Zeitpunkt sicher. Mit dem Grad gesundheitlicher Belastungen — z.B. Schichtarbeit — nimmt die Quote weiter ab, aber es ist eben auch industrielle »Normalarbeit«, die auf Dauer verschleißt. Und es ist die weiter stattfindende Prekarisierung, die der überwiegenden Mehrheit der Beschäftigten auch in den mittleren Jahrgängen, aber vor allem älteren Beschäftigten Existenzsorgen bereitet: 77,5% der 55- bis 64-Jährigen befürworten eine Abschaffung von sachgrundloser Befristung, Minijobs und prekärer Solo-Selbständigkeit — wobei sie darüber hinaus wohl vor allem Leiharbeit und Werkverträge vor Augen haben, worüber die präsentierten Zahlen jedoch eigentümlicher-weise keine Auskunft geben.

Das zunächst aufbereitete Material der Beschäftigtenbefragung (weitere Präsentationen sollen folgen) konzentriert sich bei der »Arbeit von morgen« auf Qualifizierungsfragen; die IG Metall fordert ein Initiativrecht der Betriebsräte für Maßnahmen der Weiterbildung und setzt sich wie auch der SPD-Spitzenkandidat zur Bundestagswahl für einen verlängerten Bezug von Arbeitslosengeld gekoppelt mit Qualifizierung ein. Zu Recht: »Hauptsache Arbeit«, egal welche, ist nicht Sache der Beschäftigten, es ist »gute«, qualifizierte und gesunde Arbeit, die zukunftstauglich ist.

Was fehlt, sind Fragen danach, wie sich die Leistungsbedingungen in den Betrieben aus Sicht der Beschäftigten entwickelt haben, durchaus differenziert nach verschiedenen Qualifikationsgruppen, Tätigkeitsfeldern, Unternehmensbereichen. Dabei ginge es um Leistungsanforderungen und -druck, Entgrenzung und Flexibilität, Veränderung von Tätigkeitsprofilen, Arbeitsplatzsicherheit und vieles mehr. Hier klafft in der Befragungspräsentation eine gewaltige Lücke.

Vorgestellt werden Befunde zu entgrenzten, deregulierten Arbeitszeiten, zur Notwendigkeit, Rückkehrmöglichkeiten von Teilzeit in Vollzeit abzusichern und zu den weitbekannten, aber immer noch weiter zugespitzten Problemen, berufliche und familiäre Interessen und Anforderungen in Einklang zu bringen. Gewerkschaften haben nach der Auseinandersetzung um die 35-Stunden-Woche arbeitszeitpolitische Handlungsfähigkeit weitgehend verloren — wie schon zuvor ver.di will nun auch die IG Metall in der Tarifrunde 2017/18 versuchen, Terrain zurückzugewinnen.

Die Befragung legt eine stärkere Abstimmung von tarifpolitischer und gesetzlicher Regulierung nahe, mit einem Arbeitszeitgesetz, das Grenzen des Arbeitstages und der Wochenarbeitszeit setzt, die gerade Gesamtmetall weiter verflüssigen will, aber auch für garantierte Pausen im Arbeitsprozess — Befunde, die wiederum die Notwendigkeit der Thematisierung der Leistungsbedingungen unterstreichen. Und die Einkommensverhältnisse mit ins Spiel bringen: Individuelle, lebensphasenbezogene Arbeitszeitverkürzung (Teilzeit) erfordert entsprechende finanzielle Unterstützung.

Einen erfreulichen Fortschritt in der Frage der Vereinbarkeit von Familie und Beruf ist das Aufbrechen geschlechtsspezifischer Arbeitsteilung: »92% der Befragten fordern hierfür eine bessere Infrastruktur. Über alle Gruppen hinweg zeigen sich hier kaum noch Abweichungen, weder zwischen Frauen und Männern noch zwischen

Beschäftigten mit und ohne Kinder.« Das gilt auch für kompensierende finanzielle Unterstützung. Zeigt sich, bei aller professionellen Differenzierung nicht doch ein gemeinsames Verständnis von Arbeitszeitpolitik, die die Bündelung von Arbeitszeitforderungen (Leitplanken: kürzere Vollzeit, Zeitsouveränität) möglich macht?

Soziale Gerechtigkeit ist, wie bereits vier Jahre zuvor, ein Top-Thema. In der aktuellen Befragung stimmen 73% der Beschäftigten aus der Metall- und Elektroindustrie der Forderung nach Wiederherstellung einer paritätischen Sozialstaatsfinanzierung (Krankenkassenbeiträge) zu. Nur 13,4% sehen in einer Politik der Teilprivatisierung durch verstärkte private Altersvorsorge einen Lösungsansatz. Auf die Frage, ob für eine Stabilisierung/Erhöhung des Rentenniveaus in der GRV auch eine Anhebung der Beiträge der Arbeitgeber und Beschäftigten in Frage käme, stimmen in der Altersgruppe der 25 bis 34-Jährigen 22,7% dagegen. Darin zeigt sich — wie bei individueller Arbeitszeitverkürzung — gerade in einer spezifischen Lebensphase, dass die finanziellen Spielräume der Beschäftigten weiterhin restriktiv sind — und die Türen öffnet für eine Politik, die zu skandalisieren in der Lage ist, dass Einkommens- und vor allem Vermögensungleichheit in Deutschland dynamisch zugenommen hat. Ansonsten machen die Zustimmungswerte deutlich, dass Sozialstaatlichkeit zentraler Ansatz zur Regulation eines Kapitalismus ist, der Sicherheits- und Aufstiegsversprechen schon länger nicht mehr für breite Mehrheiten generiert.

Quelle: https://www.wissentransfer.info/nc/unsere_themen/details/artikel/erste-befunde-der-ig-metall-beschaeftigtenbefragung-2017/